

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,80 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,22 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter: 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
—: Fernsprecher Nr. 924. —:

**Gratisbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Katerislisten — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile ohne deren Raum 25 Pf., im Reklameteil 50 Pf., Chiffrenzeiger und Nachweigungen 20 Pf. mehr. Nachdruck ohne Verbands- licheit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr nachmittags.  
—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 280

Freitag den 30. November 1917

44. Jahrg

## Kampfruhe bei Cambrai. — Die Stadt unter englischem Feuer.

### Warum fordern wir das gleiche Wahlrecht?

Von Oberbürgermeister Bohlmann,

Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Werdegang des deutschen Reiches, die Zeiten reiner vaterländischer Begeisterung verknüpfen uns mit dem gleichen Wahlrecht. Die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt am Main war gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts. Die Reichsverfassung, welche diese Nationalversammlung entwarf, sah ebenso das gleiche Wahlrecht vor. Ein abgeklärtes Wahlrecht mit Zensus hätte in jene Zeit nicht gepaßt, hätte den Gedanken des Deutschen Reiches nicht in die Tiefe der Volkseele gesenkt, daß er unantastbar wurde.

Mit dem Verfallungsleben des preussischen Staates ist der Gedanke des gleichen Wahlrechts ebenso untrennbar verbunden. Die preussische Nationalversammlung, die im Schauspielhaus zu Berlin zusammentrat, war auf Grund dieses Wahlrechts gewählt. Die Verfassung, die der König unter dem 5. Dezember 1848 erließ, sah ebenfalls das gleiche Wahlrecht vor, wie auch das Wahlrecht vom 6. Dezember 1848. Aus den Jahren 1848/49 blieb uns als Erbschaft unseres Staats-, Rechts- und Gesellschaftslebens das Grundgesetz der Verfassung, ohne welche die Gegenwart, wie sie ist, nicht denkbar ist.

Das geltende Wahlrecht in Preußen ist durch einen Staatsstreich eingeführt. Man hätte die zweite Kammer auf, gab das geltende Wahlrecht durch eine Neuordnung und ließ die nach dieser gewählte Kammer die Vorbereitung durchführen. Das alte Wahlrecht wurde zu Unrecht genommen und zu Unrecht ein neues gegeben.

Auch wirtschaftlich betrachtet war schon damals das Wahlrecht ein Unrecht. Wenn auch die Unterschiede in den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht so groß waren, wie sie heute sind, so schloß das Wahlrecht schon damals eine große Anzahl von Wählern in Wirklichkeit aus und war ein Unrecht gegen die, welche alle in gleicher Treue zu Krone und Staat die schweren Opfer der Freiheitskriege gebracht hatten, und gegen deren Kinder.

Das Unrecht ist heute größer als damals, denn die Zusammenballung von Vermögen in der Hand Einzelner ist größer geworden als damals und die Entrechtung großer Wählermassen ebenfalls größer. Dieses Empfinden zeigt sich in der Teilnahmelosigkeit der dritten Wählerklasse. Noch größer werden die Verletzungen nach dem Kriege sein und noch größer die Entrechtung aller derjenigen, die im Felde stehen, ihr Leben für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu eigenem wirtschaftlichen Schaden einbringen.

Der Gedanke jeder Volkserhebung geht aus dem Gedanken der Teilung der Souveränität zwischen Krone und Volk hervor. Der Gedanke der Volkssouveränität vertritt sich nicht mit dem Gedanken der Ungleichheit der einzelnen Volksgenossen. Die Entsendung der Vertreter zur Ausübung der Souveränität ist noch weniger vereinbar mit dem Gedanken des Ausschusses einzelner Teile des Volkes von der Volkssouveränität überhaupt.

Wer glaubt, auf die breitesten Massen des Volkes nur Einfluß gewinnen zu können durch die Mittel der Demagogie, der Verzweiflung voranherin an dem Verständnis der Massen für die Aufgaben des Staats und für die Gesamtheit des Volkes und für seiner Zukunft. War schon vor dem Kriege ein solches Mikroskop nicht berechtigt, so muß der Krieg mit seinen Erfahrungen es völlig gefährden. Denn ein Volk ohne Verständnis für den Staat und ohne Glauben an seine Zukunft hätte diese Opfer an Gut und Blut nicht gebracht.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Der Träger der Krone als Führer.

Der ehrieger Tag war von einem Gegner der preussischen Verfassung die Meinung ausgesprochen: In einem Königswort soll sich nicht drehen, noch deuten. Die „Deutsche Tageszeitung“ legt sich über die Meinung schnell hinweg. Sie veröffentlicht am Dienstag morgen eine lange Betrachtung, die im wesentlichen der Behauptung gilt, daß der König von Preußen kein Wort für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht verstanden hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet: „Das konnte die Krone schon deshalb gar nicht tun, weil sie eben nur einer der drei entscheidenden Faktoren ist, die über solche Fragen zu entscheiden haben; sie hat es aber auch mit keiner Silbe in ihren Rundgebungen getan.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ verfährt, daß der König in seinem Erlaß vom 11. Juli nur gesagt habe, daß des Staatsministerium die Vorlage über das neue Wahlrecht auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen habe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vergißt, hervorzuheben, daß der König von Preußen in seinem Osterlaß gesagt hat: „Recht ist, ich bewahrte Einigkeit zwischen Volk und Monarchie, dem Volk aber bekannt zu werden, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.“ In der Oberholtschlag wird weiter gesagt: „Mir liegt die Umbildung des preussischen Landtags und die Vereinfachung unseres gesamten innerpolitischen Lebens vor. Dieser Frage verhandle ich mich.“ Hiermit sagt schon ein hartes Vertrauen zur Verantwortlichkeit ihrer Väter dazu, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt behaupten zu dürfen glaubt: „Mit keinem Wort ist — wie es feinerzeit mit der Wendung: „Es ist mein Will!“ geheißen war — zum Ausdruck gebracht, daß die Wahlreform eine andere Behandlung erfahren soll, wie jede sonstige gesetzgeberische Vorlage.“

Aber auch ein Bild in die Begründung zum Wahlrechtsreformgesetz hätte die „Deutsche Tageszeitung“ überzeugen können, daß das Staatsministerium über die Haltung des Trägers der Krone gegenüber den neuen Wahlrechtsreformgeheimnissen wesentlich anders denkt als sie selbst. In der Begründung heißt es nämlich: „Mit diesen grundlegenden Erlässen (vom 7. April und vom 11. Juli) zieht die preussische Krone die große innerpolitische Folgerung dieses Weltkrieges. Wie auch sonst bei großen Reformhandlungen, die die einzelnen Verleihen der preussischen Staatsgeschichte kennzeichnen, so hat auch in dieser bedeutsamen Frage die Krone die Führung übernommen.“

Hier wird also ausdrücklich vom preussischen Minister des Innern Dr. Drews, der die Verantwortung trägt, für die Begründung der neuen Wahlrechtsreform, dem Träger der Krone, und zwar gewisslich im Einverständnis mit diesem, die Führerrolle im Kampf um die Neugestaltung des preussischen Landtags zugewiesen. Den Wahlrechtsgeheimnissen ist es gewisslich unbenommen, auch gegen eine vom Träger der Krone mit Nachdruck bekräftigte Regierungsvorlage nach gewissenhafter Überzeugung Stellung zu nehmen. Es ist aber das Gegenteil von Mut und Tapferkeit, wenn dann der Versuch unternommen wird, an einem Königswort zu drehen und zu deuten, um nach Chinesenart das Gehör zu wahren. Leute, die im politischen Kampf bei jeder Gelegenheit Schutz hinter den Träger der Krone suchen, müssen schon empfinden, offen und ehrlich ihre Meinung auszusprechen, wenn sie sich im Gegensatz zum Träger der Krone befinden. Aus diesem Gefühl heraus ruft die „Deutsche Tageszeitung“ den Wählern zu, erwidern, daß der König kein Wort in der Wahlrechtsfrage nicht verstanden hat. Dieser Darstellung tritt Minister Dr. Drews mit der Behauptung entgegen, daß die Krone im Kampf um das gleiche Wahlrecht die Führung übernommen hat.

### Spiegel mit unfern Feldgrauen.

Im vorigen Jahr veröffentlichte die konservative „Opreussische Zeitung“ einen Artikel unter der Überschrift „Lehmann und Krause“, worin die Massenverherrlichung als das erste Merkmal bezeichnet und darüber gesprochen wurde, daß Lehmann und Krause der Herrscherberg den Ruhm des Krieges nachtragen sollen. In dem Artikel hieß es: „Das gelehrte Unkraut wuchert überall, vergeht nie. Die edlen Kulturpflanzen schwinden gar leicht. Wie lange soll dieser Krieg noch dauern, um den wuchernden Raub der Massenverherrlichung und den Held gegen Höhere auszutrotten?“ — Es handelte sich bei

diesem Artikel über unsere Feldgrauen nicht etwa um die Entgegnung eines konservativen Blattes; die parteilichsten Mitteilungen aus der konservativen Partei verächtlichen diesen Artikel in vollem Umfang ohne jede Einschränkung. Die konservative Parteileitung übernahm die Verantwortung für das abfällige Urteil der „Opreussischen Zeitung“ über unsere Feldgrauen, die Generalfeldmarschall von Hindenburg gerühmt hat mit dem Wort: „Ich kann nur sagen, Gut ab vor jedem Grenadier.“

Heute liegt ein ähnlicher Fall vor. Die Parteien der Rechten führen als Grund für ihre Gegnerschaft gegen die Wahlreform in Preußen und gegen andere fortschrittliche Maßnahmen in erster Reihe die Unbenennung unserer Feldgrauen an, die gehört werden und ihr Gewicht in die Waagschale werfen müssen, wenn es sich um den Ausbau unseres innerpolitischen Lebens im Reich und Staat handelt. Die Parteien der Linken sind im Gegensatz zu den Parteien der Rechten der Ansicht, daß es die Pflicht der Parteigeheimnisse ist, schon heute dafür zu sorgen, daß wenn unsere Feldgrauen noch niederjähriger Kriegsratgeber zurücktreten, sie die Heimat wachlich eingerichtet finden, um sich darin wohl zu fühlen.

Aun sind die Reformvorlagen zur Umgestaltung des preussischen Landtags bekannt gegeben worden. Sie gewähren den Wählern der Feldgrauen größere politische Rechte als sie vor dem Kriege hatten, wenn sie nicht mit Glücksgütern begünstigt waren. Schon wegen der Vorteile, die den Feldgrauen durch die Gewährung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen zuteil werden sollen, müssten die Wahlrechtsgegner ihren Widerstand gegen die geplanten Änderungen, wenn auch nicht völlig aufgeben, so doch mäßigen. Was tut aber die altdeutsche „Deutsche Zeitung“, die am lauteften für eine Einschränkung der Reformen bis zur Teilnahme der Feldgrauen eingetreten ist? Sie schreibt am Dienstag abend: „Die Menge ist nicht aufnahmefähig für Anschauungen, die ernstlich über ihrem Niveau liegen, und ihr Bestreben wendet sich denen zu, die in den ausgetretenen Geleisen der Alltäglichkeit trotzen und die erzieherische Anpassungsfähigkeit an die Stimmungen der Masse besitzen.“ So wird jetzt in einem Blatt der Rechten plötzlich über die Wahlen der Feldgrauen gesprochen, denen man noch vor kurzem die Entschädigung über die Wahlreform überlassen wollte. Die „Deutsche Zeitung“ hammert: „Es ist kein ersehender Anblick, daß jetzt preussische Landtagsabgeordnete sich in der Unmöglichkeit der Wahlen ebenso ihrer persönlichen Würde begeben sollen, wie es in allzu vielen Fällen die Kandidaten zum Nachteil für ein Gebot der Notwendigkeit halten.“ Das Spiel, das hier mit den Wahlen getrieben wird, worunter doch in erster Reihe auch die Feldgrauen zu verstehen sind, ist wechshäftig nicht schön.

### Der Weltkrieg

#### Das russische Friedensangebot.

Die „Stawische Korrespondenz“ meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Reichstages äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffenen Lage. Er betonte die Bereitwilligkeit und Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen und annehmenden Frieden einzutreten.

Wie wir erfahren, hat die Vereinigte Regierung der schweizerischen Bundesrat eingeladen, Waffenstillstands- bzw. Friedensverträge mit den kriegführenden Mächten zu übermitteln. Der Bundesrat hat nach Prüfung dieser Frage in ablehnendem Sinne Stellung genommen.

Im englischen Unterhaus fragte Richard Lambert: 1. ob die russische Regierung oder irgend eine Person, die vorgibt, die russische Regierung zu vertreten, einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zur Einleitung von Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe; 2. wenn dies der Fall sei, welche Antwort hierauf gegeben worden wäre. Walfour beantwortete die erste Frage mit ja. Sündhaftig der zweiten Frage sei von der englischen Regierung keine Antwort gegeben worden und, soweit es ihm bekannt, auch nicht von irgend einem der Alliierten.

Petersburg-Berlin in drahtloser Verbindung? Ein Telegramm aus Washington besagt: Der Wochensender der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg-Berlin in drahtloser Verbindung stehen.

### Ungar-österreichische Lügen über Elsch-Verträge.

Die „Nordd. Allgem. Zig.“ schreibt: Mehrere Blätter drucken Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ nach, in denen behauptet wird, der Abgeordnete Tschirgauer habe ohne Ansehen mit Willen des Auswärtigen Amtes und auf Geheiß der sogenannten politischen Leitung auf der Basis der papstlichen Not: mit Frankreich wegen Abtretungen in Elsch-Verträgen verhandelt. Wir wollen deshalb folgendes feststellen: Die politische Leitung hat zu den behaupteten Verhandlungen keine Anstöße gegeben. Das Auswärtige Amt hat nicht nur nie geneigt und sie haben überhaupt niemals stattgefunden. Die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind also frei erfunden.

### Die Kämpfe an der Westfront.

Trommelfeuer in Flandern. — Die erbitterten Kämpfe um Bourlon-Fontaine.

Aus Berlin wird in Ergänzung des gestrigen Heeresberichts gemeldet:

In Flandern hatte am 27. November gegen 4 Uhr morgens das Feuer in die Artilleriekämpfe übergegangen gegen unsere Artilleriestellungen in die bis 8 Uhr vormittags anhielt. Sie erreichte um 6,30 Uhr vormittags größte Stärke, ohne daß Angriffe erfolgt wären. Nachmittags steigerte sich das feindliche Feuer vom Southouffer Walde bis Sandvoorde und schloß sich besonders auf unserem Stellungsboden von Paschendaele ein halbstündiges starkes Feuer ein. Zu gleicher Zeit erhielt auch die Gegend von Becelez bis Gheluvelt härtesten Beschuß. Nachts lagere unsere Stellungen in der Gegend von Dismut bis zum Southouffer Walde unter starkem Störungsfeuer. Auch nach Süden bis nach Sandvoorde wüthte die gegenseitige Artilleriekämpfe bis in die Dunkelheit hinein. Die Stärke feindliche Patrouillen südlich der Bahn Boesinghe-Staden und nordwestlich von Paschendaele wurde recht abgemessen. Bei erhöhter Feuertätigkeit im Artois wurden starke feindliche Patrouillen in der Bahn Arras-Douai zurückgedrängt, während eigene Störtrupps mehrfach Denkmäler Gefangene einbrachten.

Auf der Kampftrift südwestlich Cambrai lag in den frühesten Morgenstunden des 27. November starkes Feuer, das sich von 7 Uhr vormittags ab von Bullecourt bis Fontaine zu stärkster Heftigkeit erhob. Kurz darauf entbrannten auf der Front von Bourlon bis Fontaine außerordentlich erbitterte Kämpfe. Der Engländer führte starke, tief gegliederte Infanteriemassen mit zahlreichen Panzerfahrzeugen in den Kampf. In immer wiederholten Angriffen stürmte er ohne jede Rücksicht auf Verluste gegen unsere Stellung an. Es gelang ihm schließlich, sich in den Besitz von Bourlon (Wal und Dorf) zu setzen und auch in Fontaine einzubringen. Unsere rechtsseitig angelegten und durch Wall durchgeführten Gegenangriffe waren in diesem Kampf aus dem Dorfe Bourlon in den Wald zurück. Zahlreiche zerstückte Panzerfahrzeuge liegen hier und vor unserer Stellung. Auch aus Fontaine wurde der Feind in erbitterten Kämpfen wieder hinausgeworfen. Hier brach erneut eine Anzahl feindlicher Tanks vor unserer Gräben zusammen; andere wurden zur schleimigen Schlammgrube gezwungen. Über 200 Gefangene, die in einem Teil der englischen Garde angehörien, sowie zahlreiche Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Die erbitterten Kämpfe, zu denen die Engländer immer wieder feuchte Reihen einsetzten, dauerten bis zum Einbruch der Dunkelheit. Bis auf den Stübel des Bourloner Waldes wurden sämtliche Stellungen den Engländern wieder entzogen, die bei ihren Angriffen und unserem Gegenstoß außerordentlich blutige Verluste erlitten.

Auch in dem Abschnitt von Mouvaux und Bullecourt und im Süden von Aumontill und Crespecourt bis Banteur lag hartes feindliches Feuer, das erst am Spätnachmittage nachließ. Ein zwischen Mouvaux und Bourlon unternommener schwächerer Angriff brach in unserem Abwehrfeuer zusammen.

An der übrigen Westfront an vielen Stellen heftigere Feuertätigkeit. In der Champagne erfolgte am Morgen des 27. November nach kurzer heftiger Feuerbereitung ein Vorstoß zweier harter Stützungsabteilungen gegen unsere Stellungen nordöstlich von Laboue. Unser Gegenstoß mochte den ergebnissen Feind unter Zurücklassung von Gefangenen sofort wieder hinaus. Die Behauptung des gestrigen Heeresberichts, welches Laboue einen erfolgreichen Sandtrieb durchgeföhrt zu haben, ist unzutreffend.

### Der vollständige deutsche Heeresbericht in der französischen Presse.

Die „Kön. Zig.“ meldet von der Schweizer Grenze: Die französische Presse veröffentlicht laut Schweizer Presselegation Dienstag zum ersten Male seit Kriegsbeginn den deutschen Heeresbericht in seinem vollständigen Wortlaut, also nach diejenigen Stellen, die sich auf die Westfront beziehen. Gleichseitig wird die Bevölkerung in einer amtlichen Mitteilung darauf aufmerksam gemacht, der deutsche Generalstab werde möglicherweise versuchen, die Veröffentlichung dieses Heeresberichts in der französischen Presse zur Verbreitung übertriebener oder falscher Nachrichten auszunutzen. Es wird daher empfohlen, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen. Man fürchtet sich im Stöße der französischen Regierung, also doch vor der Möglichkeit der deutschen Heeresberichte und ihrer Wirkung auf das irreföhrende Volk.

### Der Krieg mit Italien.

Die furchtbare Schlacht zwischen Brenna und Bivona. Laut Bericht der Tessiner Blätter aus Italien wird auf den Höhen bei Alago hohe zwischen der Brenna und Bivona seit acht Tagen furchtbar gekämpft. Die Tapferkeit der Italiener, welche sich den Vorbringen der deutschen und österreichischen Truppen aus den Bergen zu

Gene widersehen, sei „über alles Lob erhaben“. Die Kämpfe zählen zu den heftigsten und blutigsten des ganzen Krieges.

### Cabornas Fluß.

Nach „Gazzetta Triennale“ lautet der Fluß Cabornas wörtlich folgendermaßen: Der wenige Beschuß der Nation überwiegt die Brigaden Laja, Roma, Piacenza und Gaeta, weil sie schändlicherweise dem Feinde die Waffen überlassen haben, welche sie zur Verteilung des heiligen Bodens des Vaterlandes erhalten hatten.

### In der Ostfront

### und auf dem Balkankriegsschauplatz

haben sich keine größeren Kampfhandlungen abgespielt.

### Vom Seekriege.

### Neue statische U-Boot-Deute.

Aus Bergen wird gemeldet, daß wieder ein Geleitzug von deutschen Tauchbooten angegriffen wurde. Der Geleitzug bestand aus sieben Schiffen, die auf dem Wege von New Castle nach Bergen waren und von zwei englischen Zerstörern und einigen Patrouillenbooten begleitet wurden. Am Dienstag morgen, dem Tage nach der Reise bemerkte man, daß zwei große englische Schiffe mit Munition nach Archangel und ein neutrales Schiff verschunden waren. Gegen Mittag belamen dann die Zerstörer Föhling mit zwei deutschen Tauchbooten, ohne diesen jedoch irgendwelchen Schaden zufügen zu können.

Nach weiter vorliegenden Nachrichten werden sechs feindliche Schiffe als vermisst gemeldet.

21 Überlebende von dem amerikanischen Dampfer „Alcatraz“ (5000 Tonne), der am Sonntag nachmittag versenkt wurde, sind in einem Hafen der Kanarischen Inseln gelandet. Drei Boote mit dem Rest der Mannschaft werden vermisst.

### Der Bürgerkrieg in Rußland.

### Bemerkenswerte Programmrede Trotski.

Am Zentralratte des Arbeiterrats hielt Trotski folgende bemerkenswerte Programmrede: „Die arbeitenden Klassen Europas betrachten anfangs das bolschewistische Friedensmanifest als eine reine Propaganda. Rußlands Alliierte stellen sich äußerst feindlich. Ihrem Siege sehen die Bolschewisten sofort praktische Maßnahmen folgen. Die in Petersburg beglaubigten Diplomaten sind in praktischen Fragen bereits mit den Bolschewisten in Verbindung getreten. Am feindslichsten stellte sich England, das bei einer Fortsetzung des Krieges am wenigsten riskiert. Frankreich befindet sich mit dem Ministerium Clemenceau in der letzten imperialistischen Krampfzuckung. Italien begrüßt die Revolution mit Begeisterung. (?) Amerika ging in den Krieg nur aus Völkereinstehen. Welt Europa bereits ausreichend ermattet ist, wird es der russischen Sowjetregierung Toleranz zeigen.“

### Amerikanische Bemühungen.

Die amerikanische Regierung wird sich damit einverstanden erklären, gleich der übrigen Mächten energisch gegen die russischen Sozialisten anzukämpfen, um zumindest die moralische Niederlage eines russischen Sonderfriedens zu vermeiden.

Die „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Die neue Regierung erließ einen Amtebefehl an alle Fronten, welcher die

### Offensivität verbietet

und die Rechtsivität der Befehle der Armeekommandanten von der Zustimmung der Petersburger Regierung abhängig macht.

In der „Randa“ vom 24. November wird die

### Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente

fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse.

### Beschleunigung der Friedensverhandlungen.

Ein Amsterdamer Blatt erzählt aus Petersburg vom 25. November: Der Kongreß der Städtevertreter und der Gewerkschaften, eine neue demokratische Parteiorganisation mit folgendem Programm zu gründen: 1. Protest gegen die Vereinigung der Macht durch die Sozialisten; 2. die konstituierende Versammlung wird als die einzige Machttabelle angesehen; 3. Herstellung aller Freiheit; 4. Abtragung des Grund und Bodens an die Agrarlotente; 5. Beschleunigung der Friedensverhandlungen.

### Sticht der Vorkämpfer und der Engländer aus Rußland.

„Daily Chronicle“ meldet aus Stockholm: Die hiesigen Gefandtschaften der Entente treffen Vorbereitungen, um das Vorkämpferpersonal in Petersburg aufzunehmen, falls es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Entente und Rußland kommen sollte. Man glaubt, daß in diesem Falle die englischen, französischen und belgischen Geschäftsträger in Stockholm eintreffen, während die Vertreter Amerikas und Japans vorläufig in Petersburg bleiben werden. Wie verlautet, wird die amerikanische Botschaft in Petersburg von einer starken Abteilung marxistischer Truppen besetzt, so die Volksstimme gegen die Amerikaner sehr erregt ist, hauptsächlich infolge einiger Artikel der großen amerikanischen Presse, in denen die Russen mit der Kriegserklärung Amerikas bedroht werden für den Fall, daß sie ihren Friedensplan verwirklichen.

„Times“ melden aus Petersburg: Bis Sonntag hatten 13 000 Engländer das russische Staatsgebiet verlassen. Es sind nur etwa noch 3000 englische Staatsangehörige in

wichtigen Stellungen auf russischem Boden zurückgelassen.

### Roussien

soll sich schon von Rußland losgelöst und eine eigene Republik ausgerufen haben.

### Die Anarchie in Charbin.

Einem Telegramm aus Peking zufolge nimmt die Unordnung in Charbin zu. Die Fremden werden angegriffen und beraubt. Die Konjunktur haben den russischen Behörden mitgeteilt, daß sie, falls keine Bürgschaften für den Schutz der Fremden gegeben werden, englische, amerikanische und japanische Truppen verbeigern werden, um in Verbindung mit den russischen und chinesischen Vertretern an der Aufrechterhaltung der Ordnung zu arbeiten.

### Politische Übersicht.

Frankreich. Das französische Justizministerium kam einem politischen Geheimbunde, der sich „Les Revolte“ nennt, auf die Spur. Diese Organisation verbreitet angeblich auf dem Lande Brodjahren, die das Meer zur Revolution und Verbrüderung mit den Deutschen aufweckt. Clemenceau reorganisiert seine Polizei auf das gründlichste. Die bisher bestehenden sechs Verwaltungskontrollen werden zu einer einzigen zusammengefaßt und alle hohen Stellen des Polizeidepartements neu besetzt.

### Deutschland.

Der Reichskanzler hat am Mittwoch die Vorarbeiten der Reichstagsfraktionen bei sich empfangen und ihnen dabei Mitteilungen gemacht über den Inhalt der Rede, die er am Donnerstag bei der Einbringung der neuen Kreditvorlage über 15 Milliarden Mark halten wird.

Die Fraktionsführer bei Herrn v. Kühlmann. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Kühlmann, empfing die Führer der Reichstagsparteien zu einer Besprechung, bei der er ihnen Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage machte. Wie er sagte, werden die Reichstagsparteien, werde er im Hauptsaal des Reichstages das Wort ergreifen. Dem „Tag“ zufolge hat Herr v. Kühlmann die Parteiführer einzeln oder fraktionsweise eingeladen; es hat also keine gemeinsame Konferenz stattgefunden.

Ministerialdirektor Giesberts. Wie die „Germania“ erzählt, wird der Zentrumsgesandnete Giesberts nun noch als Ministerialdirektor in das Reichsministerium aufgenommen werden.

Der Reichstagsauschuß für Handel und Gewerbe setzte am Dienstag seine Beratungen fort. Zunächst kamen mehrere Petitionen zur Erörterung. Aber die Sitzung der Wiederanstellung der Launmäntler Angehörigen nach dem Kriege sollte die Verhandlungen im Ausland Internationalem und Angehörigen im Reichsministerium fortgesetzt werden. Zunächst auf weitergehende Beteiligung des Handels, der Fachverbände, der Kleinbetriebe, der gewerblichen Hoffkassen, des Arbeiter- und Angestelltenverbände bei der Vorbereitung und Organisation der Übergangszeit, die sich auf die Sprache. Ferner wurden in Fragen der Wahrung der Wahrung des Krieges, der Fragen der Übernahme und des Abbaues der Kriegsanlagen erörtert. Auf die Zweckmäßigkeit einer engeren Zusammenfassung aller Übergangsmassnahmen im Reichsministerium wurde hingewiesen. Eine Reihe von Anträgen, die Richtlinien für die Übergangszeit enthalten, wurden angenommen.

### Parlamentarisches.

Wiederzukommen des Reichstages. Am Donnerstag nimmt der Reichstag seine am 11. Oktober abgebrochenen Verhandlungen wieder auf. Unregelmäßig war die Sitzung bis zum 5. Dezember gedauert. Aber es ist erlärlich, daß sowohl der Reichstag als auch der neue Reichskanzler das Bedürfnis fühlen zu einer Anwesenheit. Die Sitzung am Donnerstag beginnt erst am späten Nachmittag um 3 Uhr. Reichskanzler Graf Hertling wird Gelegenheit nehmen, sich über die auspartigale und innere Politik vor dem Hause auszusprechen, in dem er sich Unbekanntes ist. Am Freitag dürfte eine Plenarsitzung stattfinden, wobei wieder ein Antrag auf Aussetzung freigegeben werden zur Beratung über den neuen Kriegskredit und über Fragen der auswärtigen Politik. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag dann schon am Sonnabend seine Beratungen wieder abschließt und sich erst in neuen Tage wieder zusammenfindet. Die Reichstagsparteien geben ihre Stellungnahme zur Rede des Reichskanzlers Graf Hertling nur in kürzeren Erklärungen zu begründen. Das Zentrum legt auf die Beratung seiner Mittelstandsinterpellation gegenmäßig ihren Wert und ist mit ihrer Zurückhaltung einverstanden, so daß wenn sich nicht Zwischenfälle ereignen, die gegenwärtige Sitzung des Reichstages sich auf zwei Plenarsitzungen beschränkt.

Auch dem deutschen Abgeordnetenhaus. Bis Mittwochabend lag ein heftiger Sturm über den Beginn der Verhandlungen über die Wahlreformvorlage nach nicht vor. In keinem Falle wird die erste Sitzung vor Dienstag nächster Woche beginnen, doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß der Mittwoch herankommt. Eine Veränderung des Präsidiums mit den Parteiführern wird den Abgeordneten vorkommen. Am Donnerstagabend bezieht der Reichstag über die Beratung der Wahlreformvorlage erst noch die Ernährungs- und Kollekten im Plenum noch vollständig zu erledigen. Hierfür dürfte eine Pause von einem oder auch zwei Tagen gemacht werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die Wahlreformvorlagen zu verständigen. Am Mittwoch hat das Abgeordnetenhaus zunächst den Gesetzentwurf betreffend die Wahrung und Grundbesitz der Seebauverwaltung in zweiter Beratung ohne Debatte erledigt. Sodann begann die Beratung der Anträge des verstorbenen Haushaltungsaussschusses über die Sicherstellung der Volksernährung. Die Berichterstatter konnten ausserhalb der konstituierenden Abgeordnete Dr. Giesch und der fortschrittliche Abgeordnete Abmann. Da aber Abg. Giesch erkrankt war, mußte Abg. Hippmann auch die Berichterstatter sein.









# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,22 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.  
:—: Fernsprecher Nr. 324. :—:

**Ortsbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirthsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Botterleichen — Anzeigeb.

Anzeigebest.: Für die einseitige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. im Vierteljahr 50 Pfg., Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pfg. mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.  
:—: Geschäftsjahre: Delgrube 9. :—:

Nr. 280

Freitag den 30. November 1917

44. Jahrg

## Kampfruhe bei Cambrai. — Die Stadt unter englischem Feuer.

### Warum fordern wir das gleiche Wahlrecht?

Von Oberbürgermeister Bohlmann,

Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Werdegang des deutschen Reiches, die Zeiten reiner vaterländischer Begeisterung verknüpfen uns mit dem gleichen Wahlrecht. Die deutsche Nationalversammlung in der Paulstraße zu Frankfurt am Main war gewöhnt auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimes Wahlrechts. Die Reichsversammlung, welche diese Nationalversammlung entwarf, sah ebenso das gleiche Wahlrecht vor. Ein abgestuftes Wahlrecht mit Jenius hätte in jene Zeit nicht gepaßt, hätte den Gedanken des Deutschen Reiches nicht so in die Tiefe der Volksseele gesenkt, daß er unausstößbar wurde.

Mit dem Verfassungsleben des preussischen Staates ist der Gedanke des gleichen Wahlrechts ebenso untrennbar verbunden. Die preussische Nationalversammlung, die im Schauspielhaus zu Berlin zusammentrat, war auf Grund dieses Wahlrechts gewählt. Die Verfassung, die der König dem 6. Dezember 1848 erließ, sah ebenfalls das gleiche Wahlrecht vor, wie auch das Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848. Aus den Jahren 1848/49 bleibt uns als Erinnerungsmittel unseres Staats-, Rechts- und Gesellschaftslebens das Grundgesetz der Verfassung, ohne welche die Gegenwart, wie sie ist, nicht denkbar ist.

Das geltende Wahlrecht in Preußen ist durch einen Staatsstreich eingeleitet. Man löste die zweite Kammer auf, gab das geltende Wahlrecht eine Neuverordnung und ließ die nach dieser gewählte Kammer die Notverordnung gutheissen. Das alte Wahlrecht wurde zu Unrecht genommen und zu Unrecht ein neues gegeben.

Auch wirtschaftlich betrachtet war schon damals das Wahlrecht ein Unrecht. Wenn auch die Unterschiede in den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht so groß waren, wie sie heute sind, so schloß das Wahlrecht schon damals eine große Anzahl von Wählern in Wirklichkeit aus und war ein Unrecht gegen die, welche alle in gleicher Weise zu Krone und Staat die schweren Opfer der Freiheitskriege gebracht hatten, und gegen deren Kinder.

Das Unrecht ist heute größer als damals, denn die Zusammenballung von Vermögen in der Hand Einzelner ist größer geworden als damals und die Entziehung großer Wählermassen ebenfalls größer. Dieses Empfinden zeigt sich in der Teilnahmelosigkeit der dritten Wählerklasse. Noch größer werden die Verhältnisse nach dem Kriege sein und noch größer die Entziehung aller derjenigen, die im Felde stehen, ihr Leben für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu eigenem wirtschaftlichen Schaden einsehen.

Der Gedanke jeder Volksvertretung geht aus dem Gedanken der Teilung der Souveränität zwischen Krone und Volk hervor. Der Gedanke der Volkssouveränität vertritt sich nicht mit dem Gedanken der Ungleichheit der einzelnen Volksgenossen. Die Entziehung der Vertreter zur Ausübung der Souveränität ist noch weniger vereinbar mit dem Gedanken des Anschlusses einzelner Teile des Volkes von der Volkssouveränität überhaupt.

Wer glaubt, auf die drei vierten Massen des Volkes nur Einfluß gewinnen zu können durch die Mittel der Demagogie, der bezweckelt von vornherein an dem Verständnis der Massen für die Aufgaben des Staats und für die Gesamtheit des Volkes und für beider Zukunft. Wer schon vor dem Kriege ein solches Mißtrauen nicht berechtigt, so muß der Krieg mit seinen Erfahrungen es völlig zerstören. Denn ein Volk ohne Verständnis für den Staat und ohne Glauben an seine Zukunft hätte diese Opfer an Gut und Blut nicht gebracht.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Der Träger der Krone als Führer.

Bei einigen Tagen wurde von einem Gegner der preussischen Wahlrechtsreform die Mahnung ausgesprochen: In einem Königsmantel soll Ihr nicht drehen, noch drehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ setzt sich über diese Mahnung schnell hinweg. Sie veröffentlicht am Dienstag morgen eine lange Betrachtung, die im wesentlichen der Behauptung gilt, daß der König von Preußen kein Wort für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht verhandelt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet: „Das konnte die Krone schon deshalb gar nicht tun, weil sie eben nur einer der drei gleichgewichtigen Faktoren ist, die über solche Fragen zu entscheiden haben; sie hat es aber auch mit keiner Silbe in ihren Rundgebungen getan.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, daß der König in seinem Erlaß vom 11. Juli nur gesagt habe, daß das Staatsministerium die Vorlage über das neue Wahlrecht auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen habe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt, hervorzuhellen, daß der König von Preußen in seinem Herrschaftsgelände hat. „Recht, in sich bewandert Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Ausbau der Gesamtheit zu dienen, sich nicht erschließen, den Ausbau unseres inneren wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.“ In der Oberbühnen wird weiter gesagt: „Mit liegt die Umwandlung des preussischen Landtags und die Vereinfachung anderer zum allgemeinen innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen.“ Hiermit gebot schon ein hartes Vertrauen zur Vergeßlichkeit über Veler dazu, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt behaupten zu dürfen glaubt: „Mit keinem Wort“ — wie es jederzeit mit der Wendung: „Es ist mein Wille“ — geschehen war — zum V.

Das Spiel mit unsern Feldgrauen.

Im vorigen Jahr veröffentlichte die konservative „Dreikaiserliche Zeitung“ einen Artikel unter der Überschrift „Lehmann und Krause“, worin die Massenverbergerung als das erste Unrecht bezeichnet und bezeichnet wurde, daß „Lehmann und Krause“ trotz Hindernis den Ruhm des Krieges davontragen sollen. In dem Artikel hieß es: „Das geite Unkraut wuchert überall, vergeht nie. Die edlen Kulturpflanzen schwinden gar leicht. Wie lange soll dieser Krieg noch dauern, um den wuchernden Unkraut der Massenverbergerung und den Weid gegen Höhere auszuräumen?“ — Es handelte sich bei

diesem Artikel über unsere Feldgrauen nicht etwa um die Entgleisung eines konservativen Blattes: die parteiämlichen Mitteilungen aus der konservativen Partei“ veröffentlichten diesen Artikel in vollem Umfang ohne jede Einschränkung. Die konservative Parteiführung übernahm damit die Verantwortung für das absprechende Urteil der „Dreikaiserlichen Zeitung“ über unsere Feldgrauen, die Generalstaatsanwalt von Hindenburg gerichtet hat mit dem Wort: „Ich kann nur sagen, Hut ab vor jedem Grenadier.“

Heute liegt ein ähnlicher Fall vor. Die Parteien der Rechten führen als Grund für ihre Gegenhaft gegen die Wahlrechtsreform in Preußen und gegen andere fortschrittliche Maßnahmen in erster Reihe die Abwesenheit unserer Feldgrauen an, die gehört werden und ihr Gewicht in die Waagschale werfen müßten, wenn es sich um den Ausbau unseres innerpolitischen Lebens im Reich und Staat handelt. Die Parteien der Linken sind im Gegenzug zu den Parteien der Rechten der Ansicht, daß es die Pflicht der Parteimitglieder ist, schon heute dafür zu sorgen, daß wenn unsere Feldgrauen noch vierjähriger Kriegserwartung zuzurückgehen, sie belohnt wählend eingerichtet finden, um sich darin wohl zu fühlen.

Man sind die Reformvorlagen zur Umgestaltung des preussischen Landtags bekannt gegeben worden. Sie gewähren den Millionen Feldgrauen größere politische Rechte als sie vor dem Kriege hatten, wenn sie nicht mit Gültigkeitsregeln versehen waren. Schon wegen der Vorteile, die den Feldgrauen durch die Gewährung des gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts für Preußen zuteil werden sollen, müßten die Wahlrechtsgegner ihren Widerstand gegen die geplanten Änderungen, wenn auch nicht völlig aufgeben, so doch mindern. Was tut aber die allerbüchliche „Deutsche Zeitung“, die am lauteften für eine Sinnwidrigkeit der Maßnahmen die zur Teilnahme der Feldgrauen eingetreten ist? Sie schreibt am Dienstag abend: „Die Menge ist nicht annahmefähig für Anschauungen, die ernstlich über ihrem Niveau liegen, und ihr Beifall wendet sich denen zu, die in den ausgefallenen Gelegen der Allgültigkeit trotzen und die erforderliche Anpassungsfähigkeit an die Stimmungen der Masse besitzen.“ So wird jetzt in einem Blatt der Rechten plötzlich über die Wahlen der Feldgrauen gesprochen, denen man noch vor kurzem die Entziehung über die Wahlrechtsreform überlassen wollte. Die „Deutsche Zeitung“ jammert: „Es ist kein erhebender Anblick, daß jetzt preussische Landtagskandidaten sich in der Umarmung der Wahlen ebenso ihrer persönlichen Würde begeben sollen, wie es in allen vielen Fällen die Kandidaten zum Reichstag für ein Gebot der Notwendigkeit hatten.“ Das Spiel, das hier mit den Wahlen getrieben wird, worunter es in erster Reihe auch die Feldgrauen zu verstehen sind, ist wohlthätig nicht schön.

## Der Weltkrieg

### Das russische Friedensangebot.

Die „Slawische Korrespondenz“ meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Reichstages äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung gekennzeichneten Lage. Er betonte die Bereitwilligkeit und Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen endgültigen und annehmbaren Frieden einzutreten.

Wie wir erfahren, hat die Leninische Regierung dem Schweizerischen Bundesrat eingeladen, Waffenstillstands- bzw. Friedensverträge zu vermitteln. Der Bundesrat hat nach Prüfung dieser Forderung keine Antwort gegeben worden und, soweit es ihm bekannt, auch nicht von irgend einem der Alliierten.

Petersburg-Berlin in drahtloser Verbindung? Ein Telegramm aus Washington berichtet: Der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg-Berlin in drahtloser Verbindung stehen.